

Wossische



1704

Mit Kurzsetzel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

10 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Postagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen- Ausgabe beigefügt

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Baranah, Versatz.
Red. (an dem H. Handelt), i. V. Dr. Graf Montgolfier, Berlin.
Umsatz Manager, nach zuruckgekehrt wenn Porto bell.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kottbstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8600-8608,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 8606-8608. Telegrafm.
Adresse Ullsteinhaus, Berlin Postfachkonto Berlin 950.

Luthers Verhandlungen

sein Ergebnis

Die Besprechung der Parteiführer beim Kanzler war um 2 Uhr zu Ende. Sie hat, wie wir hören, kein positives Ergebnis gehabt. Es hat sich noch kein Weg zu einer neuen Wehrerbildung gezeigt.

Gleichfalls um 11 Uhr trat die deutschnationale Reichsstaats-

fraktion im Reichstag zusammen, nachdem vorher der Vorstand der fraktion eingetroffen war. Auf der Tagesordnung der deutschnationale Fraktion steht als einziger Punkt „Äußerer nächsten Maßnahmen zur politischen Lage“. Heute nachmittag trat auf der Vorstand der deutschnationale Reichsstaatsfraktion zusammen, um zu der parlamentarischen Lage Stellung zu nehmen.

Strefemann gegen die Deutschnationalen

In Stübingen gehalten hat, betrafte er den Mangel an politischen Glauben, der dem deutschen Volk eigen sei. In diesem Zusammenhang kam er zu dem Schluss, dass die Deutsche Partei zu sprechen, aber nicht den fürstlich schweren Jahren der Demütigung dem deutschen Volk den Weg in eine gleichberechtigte Stellung verschoben habe. Politisch könne eine vierjährige Konferenz, die den Weg zu einer guten Einigung herstelle, nicht gleich auch die wichtigsten Ergebnisse bringen.

„Wir müssen doch das eine sehen, daß die Welt ein Interesse daran hat, daß Europa ein Friedensplan B geschaffen wird, der notwendig ist für unsere moralische und wirtschaftliche Welt. Wir brauchen Hilfe von außen, um aufrecht zu bleiben. Das ist kein Schande zu gehören, denn auch andere europäische Völker brauchen diese Hilfe von außen. Unsere Cambridgehoff, unsere Industrie braucht sie, und damit sie aus zur Verfügung gestellt wird, brauchen wir die Politik auch als Werkzeug für unsere wirtschaftliche Erneuerung. Immer wieder Deutschland als der Feind des Weltfriedens hingestellt, als sein die Welt, in Europa als der Stützpunkt des Weltfriedens hingestellt. Wenn ich noch der Richter der deutschen Delegierten der englische Außenminister durch seinen Vorkämpfer ausfallen ließ, die Welt würde es Deutschland nie vergessen, daß es Deutschland gewesen sei, das die Initiative zum europäischen Frieden ergriffen habe, denn bedeuten diese Worte die Zurückweisung Pointaischer Agitation in Amerika.“

Wir wollen für unser Rheinland herausfinden, was herauszuholen ist, und das ist es Pflicht des deutschen Volkes, mindestens bis zur Stunde der Entscheidung geschlossen hinter der Regierung zu stehen und abzuwarten. Es ist unendlich leicht, wenn Parteihaftigkeit und Parteihaftigkeit die Dinge misslingen, in denen es sich umsetzen lassen sollte. In anderen Ländern findet man in dem Augenblick, wo es gilt, in einer schwierigen Situation zusammen. Bei uns werden die Delegierten besonnen, die im Namen Deutschlands zum ersten Male gleichberechtigt für die politische Zukunft Deutschlands gewirkt haben. Das ist es, was ich am meisten bedauere, nicht die Kritik. Kritik und eine liberale Opposition sind ein wertvolles Attribut von Menschenpolitik. Wir brauchen eine liberale Opposition, die die Interessen des deutschen Volkes gegen die Interessen der fremden Völker vertritt. Denn ich sehe keine Zukunft für uns, ohne die Anerkennung dieses Grundgesetzes. Es war schon falsch, in Zeiten der großen Mühe des alten kaiserlichen Deutschlands zu viel von unserer Kraft und vom Krieg zu sprechen. Andere wollten Krieg und Frieden von Frieden. Wir wollten den Frieden und sprachen von Krieg. Deshalb haben wir die ganze Welt gegen uns. Wenn wir jetzt aber den großen Glauben unseres Volkes gegen uns wollen keine feindselige Verbindung, dann ist das das Unschickliche, was überhaupt geschehen kann, und das Folgen sind unbeschreiblich für diejenigen, die Träger sind des deutschen Widerstandes, und das ist materialer in jeder Linie die deutsche Wirtschaft.“

Wir gehen einen schweren Gang, einen Gang zur finanziellen internationalen Verbindung, damit die anderen Mächte an unserem Wohl und Interesse teilhaben. Wir gehen den Weg, den die besten Männer Deutschlands gegangen sind. Unsere Schicksal verdammt nicht, sich mit Worten zusammenzuschließen, weil sie die Worte des Widerstandes wieder herstellen mußten. Man kann nicht einen Widerstand verlieren und verlieren und glauben, in einem Jahr die alten Verhältnisse

wieder zu haben. Wir haben schließlich den schönsten Teil unseres Lebens in einer Zeit genossen, in der die Größe Deutschlands uns übertrifft. Das war nicht unser Verdienst, das war das Verdienst der Männer, die Deutschland geschaffen haben. Heute sind wir diejenigen, die den Dank für diesen Teil ihres Lebens übertragen müssen, indem wir die Grundlage schaffen für

Painlevé abermals gestürzt

Neue Kabinettskrise in Frankreich

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“

Paris, 3. November

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat nach vierstündiger Debatte um 3 1/2 Uhr mit geringer Mehrheit beschlossen, dem neuen Kabinett Painlevé, das sich heute der Kammer vorstellte, das Vertrauen zu versagen. Der von Blum lebhaft unterstützte Antrag Renaudel, der dem Kabinett zunächst für vierzehn Tage, das heißt bis nach der Ratifizierung der Locarno-Verträge, die Unterzeichnung der Sozialisten gestützt wurde, blieb mit 128 Stimmen in der Minorität. Der Antrag Renaud, der Painlevé das Vertrauen versagte, wurde mit 143 Stimmen angenommen.

Painlevé hat ein Kabinett zusammengestellt, das durchaus links orientiert ist, und er hat ein Regierungsprogramm formuliert — unter anderem durch die Zulassung des einjährigen Militärdienstes — das die Rechte ihm unmöglich unterziehen kann. Darüber hinaus hat er ausdrücklich erklärt, daß er nur mit der Hilfe der Sozialisten, das heißt der Sozialisten in Aktion zur Rückführung für die Partei genehmigt hat. Der Beschluß der Sozialistischen Partei bedeutete unter diesen Umständen einen Schritt von unabweisbarer Tragweite. Painlevé muß zurücktreten. Kein fähiger Präsident der Völker aber kann seine Ämter niederlegen, ohne vorher die Sicherheit zu erlangen, daß die Sozialisten

das Deutschland, in dem unsere Kinder und Enkel wieder glücklich sein können. Wir müssen manches entbehren, was andere Generationen sich schaffen konnten, namentlich aber müssen wir verzichten auf die Gasse des drohenden Todes, die zur Unübersichtlichkeit wird, wenn hinter der Drohung keine Tat steht und keine Tat, keine Taten.

Ich nicht denselben Streich spielen, wie jetzt Herr Painlevé. Solche Garantien können nur in dem Eintritt sozialistischer Minister in die Regierung bestehen. Dagegen aber möchte ich gerade vor links Flügel der Partei mit aller Entschiedenheit warnen. Ein Hintergrund dieser parlamentarischen Schwierigkeiten steht die Tatsache, daß Frankreich jetzt erst die ganze Schwere der Zeitgeist empfindet, die ihm die militärische Prestige, Pfländer- und Bündnis-Politik, Willens und Politisches hinterlassen hat. Die Staatsfraktionen sind trotz der Entzerrung der Galliar auf Ausbreitung geschäftet, und niemand will, wie ohne die einschneidenden Maßnahmen eine wirkliche Genesung eintreten kann. Die Schwierigkeiten, in die Frankreich durch die falsche Stadtpolitik seiner Staatsmänner immer tiefer verstrickt sind, werden in dem nächsten europäischen Krisenplan eine Gesamtpolitik gefordert werden. Keiner der anderen europäischen Staaten, am wenigsten Deutschland, hat Veranlassung, diese Schwierigkeiten mit Gleichgültigkeit oder gar mit Gleichgültigkeit zu betrachten. Die Welt ist vielmehr eine gemeinsame europäische Krisenplan. Sie zwingt dazu, den Kampf gegen ihre Ursachen gemeinsam zu führen und sie gemeinsam zu überwinden.

Der Rücktritt beschlossen

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Paris, 3. November

Der Rücktritt des neuen Kabinetts Painlevé ist nach glaubwürdigen Informationen bereits beschlossene Sache. Es steht zur Stunde noch nicht fest, ob das Kabinett zurücktritt, ohne vor dem Parlament zu erscheinen, oder ob das Kabinett sich doch noch dem Parlament vorstellt.

In den Verhandlungen der Kammer verhielt sich heute früh die lebhafteste Bewegung. Ein Teil der Freunde Painlevés ist der Ansicht, daß Painlevé nicht ein zweites Mal demissionieren dürfe, ohne den Rücktritt durch eine normale Abstimmung im Parlament begründen zu können.

Man erwartet nunmehr ein neues Kabinett Herriot, das vermutlich auf eine Unterzeichnung der Sozialisten rechnen konnte. Die Ablehnung des Antrages Renaudel auf Unterzeichnung des Kabinetts Painlevé in der sozialistischen Beratung vom heute noch erklärt sich zum großen Teil dadurch, daß viele sozialistische Delegierte Painlevé und seinen bisherigen Ministern vorwarfen, sie hätten im April d. J. durch Verträgen vom Programm des Kabinetts Herriot Herriot am Rücktritt und an Herriot persönlich verstoßen.

Es steht außer Frage, daß ein großer Teil der Sozialisten die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen vor der Rücktritt zu dem alten Kabinett wünscht, weil das alte Kabinett den Unterfall der Sozialisten nicht direkt ist.

Die Nachricht vom Vorkommen einer neuen Kritik hat einen neuen Plan an dem Parlament notwendig gemacht. Der Saal wurde, welches um 9 Uhr mit einem Satz von 118.10 notiert wurde, nach in der Sitzungsstunde bereits auf 117.25.

Die Abstimmung der Sozialisten

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Paris, 3. November

Die bedeutungsvolle Abstimmung der Sozialisten Nationalrats begann um 10 Uhr mit dem Bericht des Abg. Blum über die Besprechung, die kurz vorher die parlamentarische Delegation der sozialistischen Partei mit dem Ministerpräsidenten Painlevé gehabt hatte. Painlevé hat nach dem Bericht Blums der Delegation erklärt, daß er am Sonntag, 17. November, die Sitzung des Nationalrats an dem Parlament notwendig werden. Der Saal wurde, welches um 9 Uhr mit einem Satz von 118.10 notiert wurde, nach in der Sitzungsstunde bereits auf 117.25.

Wien ohne Brot

Nachrichtendienst der „Wossischen Zeitung“

Wien, 3. November

Der fünfminütige Ausbruch der Bundesversammlung hat heute vormittag beschlossen, daß der Meistenstreik in Österreich am Donnerstag früh beginnt. Die entsprechenden Maßnahmen werden telegraphisch an die beteiligten Komites. Der Ausbruch bereit heute früh über die letzten Erklärungen des Bundesrates Dr. Raemel und Heller, daß neue Vorschläge nicht gemacht wurden, so daß es bei den letzten von dem Ausbruch bereits abgelehnten Angebote verbleibt.

Vom Streik sind bis auf weiteres ausgeschlossen: Angehörige des Parlaments, der Polizei, der Gewerkschaften sowie der Justizverwaltung hinsichtlich der Verpflegung und der Bewachung von Gefängnissen, ferner die Bundesärzte. Zugelassen wird ferner die Ausgestaltung der Postdienstunterstützung und der Arbeitskräfte. Bei der Fortführung wird die Abfertigung von lebendem Vieh und leicht verderblichen Nahrungsmitteln ausgeschlossen. In der Umkleehalle der Bundesbahnen in einen selbständigen Geschäftsbetrieb ein besonderes Geschäftszentrum haben, ferner, die Angestellten der Post, Telegraphen- und Telefonverwaltung, die in der Zeitungsindustrie vereinigt sind, beteiligten sich an dem Streik nicht.

Die Sitzungen des Generalkomitees der Bäcker- und Brotfabrikangestellten, der heute begann, haben sich bereits in den heutigen Morgenstunden löst haben. Da die Bäckerei getrennt steht ihre Oden in Betrieb gesetzt hatten, die Bäckerei hat die Bäckerei jedoch nach den Gefährten, die in kurzer Zeit alle die meisten Bäckerei halb verlassen. Von einer Zukunft nach außerhalb kann natürlich keine Rede sein. In den Spitätern werden Vorkosten getrennt, doch für die Kranken des Brot in den Küchen gebunden werden kann. In den Restaurants wird das Brot den Gästen rationiert. Einfrieren Mangel an Brot und Gedäch wird erst morgen eintreten.

In parlamentarischen Kreisen verläuft, daß ein Einverständnis am Mittwoch herbeizuführen zwischen der Regierung und der Arbeitervertretung zu wirken, um möglichst noch in letzter Stunde den Streik zu verhindern.